

Arbeitsblatt des
Stadtrates Bocholt
amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Borken
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Seit 1874:
Bocholt, Reichs-
straße 14. Fern-
sprecher 3054.
Hrsg.: J. Heurichs.
Verl.: W. Böling.
Verl.-ort:
Dortmund 1.

Nummer 183

Dienstag, den 3. Juli

Jahrgang 1928

Entlastete Führer.

Die Männer aus den Reihen des Zentrums, die dem in diesen Tagen zurückgetretenen Kabinett angehört haben, sind von der Ministerbank in das Parlament der Abgeordneten zurückgeführt. Dr. Marx, Dr. Brauns und Dr. Köhler haben den Olymp verlassen und sind wieder schlichte Abgeordnete geworden. Am Reichstag der deutschen Politik werden sie auch ohne ministerielle Würde und Würde weiterhin wertvolle Mitarbeiter sein.

Dr. Marx, seit Ende 1923 Kanzler von vier Kabinetten, Präsidialkandidat, Reichsjustizminister und, wenn auch nur sehr kurzzeitig, preussischer Ministerpräsident, hat besonders schwere Jahre hinter sich. Er hat in vorderster Front gestanden und seine ganzen Kräfte entfangen. Dem Dienst des deutschen Volkes gewidmet in einer Zeit, die an die deutschen Staatsmänner schwerste Anforderungen stellte. Als er zum ersten Male Kanzler wurde, lag der Ruhrkampf, der uns so tiefe Wunden geschlagen hat, gerade hinter uns. Die Währung wurde saniert. Wir mussten zum Reparationsfrieden kommen. Die erschütterte deutsche Wirtschaft musste neu belebt werden.

Marx als leitender Staatsmann sah sich also Aufgaben gegenüber, wie sie schwerer seinem Vorgänger zugefallen waren. Und sie wurden erfüllt. Wir haben durch seine umsichtige parlamentarische Mehrheitsverhältnisse. Aus dem inneren Zusammenbruch hat Marx das deutsche Volk herausgeführt. Unter seiner Führung begann die innere Staatskonsolidierung und kam es in London zu dem Dawes-Abkommen, über dessen Revisionenbedürftigkeit zwar in Deutschland von Anfang an kein Zweifel bestand, das aber doch Ausgangspunkt war für den Wiederaufbau Deutschlands und für eine grundlegende Veränderung unseres Verhältnisses zu den ehemaligen Kriegsgegnern.

Nur das letzte der von Marx geführten Kabinette stütze sich auf eine sichere parlamentarische Mehrheit. Als ihn im Januar vorigen Jahres Reichspräsident v. Hindenburg nach der Verabschiedung anderer Koalitionsmöglichkeiten zu dem Versuch mit den Deutschnationalen aufforderte, stand Marx sicher vor einer der für ihn schwersten Entscheidungen. Er war im Kampf um die Reichspräsidentenwahl der Kandidat des Volksblocks gewesen. Er hatte bis dahin nur mit Unterstützung oder Duldung der Sozialdemokratie die Geschäfte des Reiches zu führen vermocht. Er wählte, dass ihm ein Zusammengehen mit der Rechten von der Linken abgelehnt wurde. Er musste befürchten, dass auch ein großer Teil seiner eigenen Parteifreunde für diesen Mehrheitswechsel kein Verständnis haben würde.

Doch bis zum letzten Opferbereitschaft, entschloss er sich, dem Bündnis des Reichspräsidenten zu folgen. Und wenn etwas Zeugnis dafür ablegt, dass Marx ein wirkliches Staatsmann ist, dann ist es das Jahr der sogenannten Bürgerblockspolitik, die tatsächlich in nichts anderes war, als die Fortsetzung des alten Kurses der Mitte mit anderer Mehrheit. Die Deutschnationalen sind auf diesen Kurs gezwungen worden, sie haben mitmachen müssen, was sie vordem verweigert hatten und auch heute wieder verweigern. Unter Führung von Marx haben sie bis zur Auflösung des Reichstags eine ihnen in vieler Hinsicht äußerst unpopuläre Politik unterstützt. Eine Gegenpartei haben sie dafür nicht erhalten. Sonst würden die Wähler der Deutschnationalen Partei wohl auch nicht so schwer vergolten haben, wie sie es am 20. Mai getan haben. Marx hat sich durch seine entschlossene Haltung an den deutschen Staat den Dank des Volkes im höchsten Maße verdient. Aber die Partei-gerichtigkeit lässt nur ganz selten dankbare Anerkennung der Leistung des parteipolitischen Gegners aufkommen. Und so ist es auch jetzt nicht weiter verwunderlich, wenn in der Presse anderer Richtungen Marx kein freundliches Abschiedswort findet. Um so mehr aber wollen wir im Zentrum diesem Manne, von dem der Reichspräsident in seinem Abschiedsbrief an ihn sagt, er habe sich in seiner Amtsführung nur leiten lassen von dem einen Gesichtspunkt der Arbeit am Wohle des ganzen Volkes, dankbare Gesinnung bewahren. Wir begrüßen es, dass er sich nunmehr von den Strapazen der letzten Jahre erholen kann, und hoffen, dass er sich dann, frei von Amt und Würde, um so mehr der Leitung der Zentrumspartei widmen wird, die einer festen, entschlossenen und weitblickenden Führung sehr bedarf.

Nach achtjähriger systematischer sozialpolitischer Tätigkeit hat Dr. Heinrich Brauns die Leitung des Reichsarbeitsministeriums in andere Hände übergeben. Als sein Wert in erster Linie hat Hindenburg es in seinem Abschiedsbrief an ihn bezeugt, dass es in diesen Jahren voll schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen gelungen ist, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten und zu festigen, dass es möglich gemacht wurde, die Lage der arbeitenden Klassen, der Sozialrentner und der Kriegseingesetzten zu bessern. Es ist berechtigter Dank, den der Reichspräsident diesem Manne im Rode des katholischen Bistums ausgesprochen hat. Und wenn Dr. Marx in seinem gestern erwähnten Artikel Dr. Brauns „den großen Sozialpolitiker Deutschlands“ genannt hat, so ist auch das eine Anerkennung, die Beachtung verdient. Denn man weiß, dass gerade Brauns und Marx in der Vergangenheit in verschiedenen Fragen anderer Meinung waren. Und man kann den einen

nicht gerade einen Freund des anderen nennen. Noch mehr Anerkennung bedeutet es aber, dass diesen planvollen Architekten des Baues der deutschen Sozialpolitik ausgerechnet in den letzten Wochen ein Sozialdemokrat zum Verbleiben auch in dem von ihm geführten Kabinett aufgefordert hat. Das war eine ernst zu nehmende Reverenz aus wirklich gegnerischem Lager, aus dem es sonst wahrlich nicht an Angriffs, die freilich unbegründet waren und lediglich der parteipolitischen Agitation dienen mussten, gefehlt hat. Dr. Brauns hinterlässt ein Werk aus einem Guß. Ein soziales Gesetz, das wie ein Räderwerk in das andere. Dem neuen Reichsarbeitsminister bleibt an Gesetzgebungsaufgabe kaum mehr viel zu tun übrig. Dr. Brauns ist bekanntlich sehr erholungsbedürftig. Wünschen wir ihm, dass ihm in den Monaten, die vor ihm liegen, die alten Kräfte wiederkommen, damit, wenn im November der Reichstag seine Hauptarbeit beginnt, der Zentrumsfraction des Reichstages sein kluger Rat nicht fehle.

Bei Dr. Köhler kann man nicht wie bei Marx und Brauns von einer Rückkehr in die Abgeordneten-

bänke sprechen. Denn er ist erst am 20. Mai zum ersten Male in den Reichstag gewählt worden. Stand er aber als Reichsfinanzminister vor den Erwählten des deutschen Volkes seinen Mann, so sind wir davon überzeugt, dass er nunmehr auch als Abgeordneter nicht in der Masse verschwinden wird. Köhler hatte nicht das Glück seines Vorgängers, dass er sich durch große Steuerentlastungen populär machen konnte. Diese für einen Finanzminister angestrebte Tätigkeit hatte ihm Dr. Reinhold vorweggenommen. Dagegen hatte dieser ihm freundlich die Beamtenbeförderungsreform zur Erledigung überlassen. Köhler hat sie, nachdem er zunächst für die Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern gesorgt hatte, ohne Steuererhöhungen durchgeführt, freilich nicht, ohne für die Art ihrer Durchführung Widerständen auch bei seinen eigenen Parteifreunden zu begegnen. Man darf wohl annehmen, dass auch Dr. Köhler selbst sich heute nicht mehr der Meinung verschließt, dass er die Sache anders hätte anpacken müssen. Aber das gehört nun der Vergangenheit an, heute noch darüber zu reden und zu schreiben, hat keinen Zweck.

mehr. Die Hauptforderung, die an einen Finanzminister gestellt werden muß, ist die, daß er für eine geordnete Finanzwirtschaft sorgt. Dr. Köhler hat dieser Forderung restlos nachgegeben. Und man darf nur wünschen, daß auch sein Nachfolger im Amt in der gleichen Weise gerecht wird.

In Marx, Brauns und Köhler sind wertvolle Kräfte für die Zentrumspartei frei geworden. Allgemein ist es in ihr begrüßt worden, daß das Ergebnis der Verhandlungen um die Regierung nur eine recht schwache Beteiligung des Zentrums ist. Man sah, wie gerade seine besten Köpfe sich im Dienste am deutschen Volke aufriefen. So sehr uns auch diese hingebungsvolle Arbeit uns nahesteht, wir müssen mit Stolz erfüllt, so sehr haben wir auch, wie dadurch notgedrungen die Partei zwischen Köhler und Marx, das Zentrum wird gleichwohl auch künftig nicht vor der Übernahme weitgehender politischer Verantwortung zurückweichen. Es ist aber gut, daß inzwischen die Möglichkeit geschaffen ist, im eigenen Hause nach dem Rechten zu sehen.

Heute Regierungserklärung im Reichstag.

Was sie enthalten wird.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 2. Juli. (Drahtber.)

Die Regierungserklärung, die Reichstagskanzler Müller am Dienstag nachmittag dem Reichstag im Namen des neuen Kabinetts abgegeben hat, ist in großen Umrissen fertiggestellt. Das Reichskabinett hat sowohl den Sonntag als auch den Montag zu eingehenden Beratungen benutzt. Wie der „Vorwärts“ mittelt, wurde über alle Fragen, die in der Erklärung behandelt werden sollen, völlige Übereinstimmung erzielt. Entgegen der bisherigen Auffassung, daß die Regierungserklärung mehr allgemeine Gesichtspunkte betone, und die einzelnen Probleme nicht genauer skizziert werden, scheint nunmehr festzustehen, daß die Grundlinien doch sehr genau umrissen werden. Allerdings wird sich, wie man hört, die Regierungserklärung nicht in Einzelheiten verlieren, sondern nur gewisse konkrete Fragen herausgreifen.

In dieser Beziehung dürfte wohl an erster Stelle die Lohnsteuerfrage von Interesse sein. Reichsfinanzminister Hilferding verhandelte mit den Sachverständigen und Führern der Fraktionen über die Art und das Maß der geplanten Senkung. Wie wir bereits melde-

Initiativantrag der Parteien eingebracht wird, um möglichst viel Zeit zu ersparen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich in den Verhandlungen über die Regierungsbildung die sofortige Senkung der Lohnsteuer verlangt. Ob und in welchem Umfange diesem Verlangen Rechnung getragen wird, hängt zu einem großen Teil von der Stellung der übrigen Regierungsparteien und des Reichsrates ab. Die Prüfung des Ertrages der Lohnsteuer im Reichsfinanzministerium hat ergeben, daß mit nicht unerheblichen Mehreinnahmen gerechnet werden kann. Infolgedessen kann man annehmen, daß die Reichsregierung zu dieser Senkung der Lohnsteuer bereit ist. Dagegen dürfte der Reichsrat Bedenken erheben, wie das schon bei der letzten Senkung der Lohnsteuer im Dezember 1927 der Fall war, diese Bedenken gehen aus der Tatsache hervor, daß 75 Prozent der Einkommensteuer Ländern und Gemeinden zufließen.

Nicht vorübergehen dürfte die Regierungserklärung am Nationalfeiertag. Wenn in einigen Blättern darauf hingewiesen wird, daß deswegen große Differenzen vorhanden seien, so dürfte dies in dieser Form nicht zutreffen. Es kann im Gegenteil gesagt werden, daß die neue Reichsregierung alsbald die Vorlage vor den Reichstag bringen will, durch die im Sinne der Beschlüsse des Reichsrates der 11. August, der Tag der Weimarer Verfassung, zum Nationalfeiertag gemacht werden soll.

Auch die Schulfürsorge, die uns besonders interessiert, wird in der Regierungserklärung Erwähnung finden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß den Forderungen entsprochen wird, die das Zentrum bei den ersten Verhandlungen, die Müller-Franken als Beauftragter des Reichspräsidenten unternahm, gestellt hatte. Es wird also voraussichtlich die Forderung gebracht werden, daß die Reichsregierung beabsichtigt, in absehbarer Zeit dem Reichstag ein Schulgesetz vorzulegen, das den Bestimmungen der Verfassung entspricht, in dem es den Ansprüchen der Elternschaft Rechnung trägt und zugleich dem konfessionellen Frieden diene.

Wegen einer den politischen Verbündeten zu gewöhnlichen Umständen finden in Reichsjustizministerium sehr eingehende Verhandlungen statt. Bekanntlich wurde von den Deutschnationalen auch die Freilassung der Fremden verlangt. Diesem Begehren wird wohl nicht entsprochen werden. Es heißt vielmehr, daß die Amnestievorlage, die durch den Reichsjustizminister Dr. Koch eingebracht werden wird, keine allgemeine Amnestie enthalten soll, sondern nur eine allgemeine Herabsetzung bzw. Umwandlung der Strafen für politische Straftaten, Straftaten aus sozialer Not und Landesverratsfällen, soweit sie nicht aus Eigennutz begangen worden sind.

Hinsichtlich der Außenpolitik wird in der Regierungserklärung betont werden, daß das Reichskabinett an dem bisherigen Kurs festhalte. Die Zustimmung zu dem Kellogg'schen Antikriegspakt wird auch von der neuen Reichsregierung gegeben werden. Es wird dabei erneut die Forderung auf die verprophete Weltabrüstung erhoben und auf die Bedeutung der kommenden Reparationsverhandlungen hingewiesen werden. Die Reichsregierung wird die Forderung geben, daß sie sich für den Schutz der deutschen Minderheiten einsetzen und die Frage einer baldigen Rhein-Landräumung aufs nachdrücklichste betreiben werde. Hinsichtlich der schwedischen Handelsvertragsverhandlungen wird insbesondere auf die Verhandlungen mit Polen hingewiesen und der feste Entschluß der deutschen Regierung kundgegeben werden, zu einem baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Polen zu gelangen.

Zur Stunde herrscht darüber noch keine Klarheit, in welcher Form sich die Reichsregierung die Garantie für eine geordnete Führung der Regierungsgeschäfte geben lassen wird. Wenn es sich auch um kein fraktionsgebundenes Kabinett, sondern nur um eine sogenannte Regierung der Persönlichkeiten handelt, so wäre es unserer Auffassung nach im Interesse einer reiblichen Scheidung der Geister doch wünschenswert, wenn das Kabinett auf einem positiven Vertrauensvotum verharren wollte. Dem Sinn des parlamentarischen Systems entspricht es nicht, wenn auf Grund von abgelehnten Vertrauensvoten regiert würde. Sofern die Reichsregierung nicht selbst darauf besteht, daß ihr ein Vertrauensvotum ausgestellt wird, könnte schließlich ein freilich nicht ernst gemeinter diesbezüglicher Antrag von einer der Oppositionsparteien eingebracht werden, wie das früher schon in ähnlichen Situationen der Fall war. Es wäre daher zweckmäßiger, wenn sofort klipp und klar erklärt würde, daß das Kabinett die Vertrauensfrage stellt.

Mit einem Interesse wird man der Haltung der Deutschen Volkspartei entgegensehen dürfen. In einem Berliner Montagsblatt wird die Behauptung aufgestellt, die Volkspartei sei bezüglich eines Vertrauensvotums gespalten. Ob dies zutrifft, kann zunächst nicht nachgeprüft werden. Debatte und Abstimmung im Reichstag müssen abgewartet werden.

Nach den bisherigen Dispositionen bleibt es dabei, daß die Regierungserklärung am Dienstag nachmittag abgegeben wird. Die beiden folgenden Tage sollen der Aussprache dienen. Die letzten Tage

Normwegens Entrüstung über Nobile.

„Kein Hurra auf Kirchhöfen“.

Oslo, 2. Juli. Die norwegische Erregung über die immer unbegreiflichere Tatsache, daß Nobile sich als erster retten ließ, ist allmählich zu einem wahren Sturm der Entrüstung angewachsen, in dem immer deutlicher die Verachtung vor dem pflichtvergessenen Führer zum Ausdruck kommt. Die Osloer Vintspresse spricht das ganz unverhohlen aus, indem z. B. der Rechtsanwalt Dr. Karl Johan in im „Arbeiderbladet“ Nobile kurz und gut als jeglichen Ehrgefühls baren Stempel. In gleichem Sinne vertritt sich das „Dagbladet“ die Berichte von der „Citta di Milano“, in denen von Hurra-Rufen an Bord die Rede ist. Es geht, so bemerkt das Blatt, zu den einfachsten Grundsätzen menschlicher Gerechtigkeit, daß man auf Kirchhöfen und deren Nähe nicht Hurra rufe. Allen Anzeichen nach dürfte es für Nobile nicht rätselhaft sein den Rückweg über Italien gerade über Norwegen zu nehmen. Die Hoffnung, gerade über Norwegen, trotz aller entgegengelegenen Anzeichen am Leben sei und gerettet wurde, kann man hier nicht aufgeben. Der alte Kämpfer lebt im Volksbewußtsein so sehr als Indebgriff von Männlichkeit und entschlossener Ausdauer, daß man sich ihn einfach nicht tot denken kann, und wenn umsonst wiederholt früher wie durch ein Wunder gerettet wurde, nachdem man ihn schon längst tot geglaubt hatte, warum auch nicht diesmal. So fragt sich bange, aber hoffenden Herzens ganz Norwegen.

Scharfe französische Auslassungen.

Paris, 2. Juli. Auch in der französischen Presse setzt die Erregung über das Nordpolabenteuer und die persönliche Haltung Nobiles ein. „Paris Soir“ schreibt, es könne außerordentliche Unordnung in allen Hilfsmitteln zu herrschen, seitdem sich Nobile selbst in Sicherheit befände. Eine der heiligen Traditionen verlange, daß der Kommandant eines Schiffes oder der Führer einer Truppe als letzter gerettet werde. Zweifellos sei die Tradition von Nobile vergessen worden, der als erster das Rettungsboot bestiegen habe, während seine Kameraden völlig verloren inmitten der Eiswüste langsam dem Tode ent-

gegengingen. Was Amundsen, was den Franzosen Guibaud, was alle die anderen angeht, die nicht mit ihrer Hilfe zögerten, so scheint man sich um sie sehr wenig zu kümmern. Die „Citta di Milano“ hätte es sogar unterlassen, den Eisbrecher „Kraffin“ von dem neuen Aufenthaltsort der Gruppe Nobiles zu unterrichten.

SOB-Rufe des Retters.

Oslo, 2. Juli. Wie aus Spitzbergen gemeldet wird, haben Wigleri und der schwedische Flieger Lundborg, der Nobile gerettet hat, am Sonnabend abend SOB-Signale gegeben, doch mußte der daraufhin unternommene Hilfsflug wegen vollkommen undurchsichtiger Nebels ergebnislos abgebrochen werden.

Die Hilfsfahrt des Eisbrechers „Kraffin“.

Moskau, 2. Juli. Der Eisbrecher „Kraffin“ ist noch 80 Meilen vom Standorte der Wigleri-Gruppe entfernt. Er arbeitet sich durch drei Meter dickes Eis vorwärts. Man hofft, daß er die Gruppe erreichen und sie an Boren nehmen kann. Es soll dann der Flieger Tschuchnowski die anderen beiden Gruppen der „Italia“-Besatzung suchen. Von Babuschkin liegt keine Nachricht vor.

Ein weiteres Opfer.

Berlin, 2. Juli. Die „Montagspost“ berichtet, daß von dem am Freitag von dem russischen Eisbrecher „Malagin“ zur Suche nach der Lundborg-Gruppe aufgestellten Flieger Babuschkin bis jetzt jede Nachricht fehlt. Noch kurze Zeit nach dem Start habe Babuschkin mit dem Eisbrecher in Funkverbindung gestanden. Dann verstummte sein Sender.

